

Geschäftsstelle der UOKG

Gedenkstätte gegen den Willen der Stasi-Opfer?

Berlin, 4. März 2011

Die Ignoranz, mit der die Thüringer Landesregierung und deren Historiker den konzeptionellen Vorstellungen der Opfervertreter zum Gedenk- und Lernort Erfurter Andreasstraße begegnen, erfüllt uns mit Verärgerung und tiefem Befremden.

Deshalb fordern wir, dass die Thüringer Landesregierung keine Konzeption für die Gestaltung des früheren Stasi-Museums beschließt, dem die Thüringer Opferverbände nicht zugestimmt haben. Die zur vom Kultusministerium berufenen Arbeitsgruppe gehörenden Opfervertreter fühlen sich als Quotenhäftlinge missbraucht. Ihre Berufung sollte den Anschein erwecken, dass die Vorstellungen der Stasi-Opfer in der Konzeption der Gedenkstätte Berücksichtigung finden. In Wirklichkeit aber setzt das Kultusministerium sein vorgefertigtes Konzept unerbittlich durch. Dabei ist es nur dem beharrlichen Kampf der Mitglieder des Häftlingsverbandes Freiheit e.V. zu verdanken, dass das frühere Stasi-Gefängnis Andreasstraße nicht den Sanierungen der Thüringer Landeshauptstadt zum Opfer gefallen ist und eine Gedenkstätte geschaffen werden kann.

Da die Opfervertreter dieses unwürdige Spiel nicht mehr mitmachen konnten, zogen sie sich seit einem Vierteljahr aus der konzeptionellen Arbeitsgruppe zurück. Unserem Vermittlungsvorschlag, dass die Landesregierung ein Mediationsverfahren, begleitet durch ein oder zwei von beiden Seiten akzeptierte Vertreter, veranlassen möge, wurde bisher weder von Ministerpräsidentin Lieberknecht noch vom zuständigen Kultusminister Matschie entsprochen.

Die Thüringer Opfervertreter haben bisher vielfältigen Kompromissen zugestimmt. Aber die Landesregierung und ihre Historiker scheinen gewillt, ihre Maximalforderungen durchzusetzen. Deshalb liegt die Verantwortung für jede weitere Eskalation einzig bei der Thüringer Staatsregierung.

Desweiteren fordern wir, dass die Landesregierung nun einer Mediation zustimmt, um damit die Konfliktsituation zu entschärfen und einer Lösung zuzuführen.

Es wäre ein Skandal und für die früheren Opfer des Stasi-Terrors unerträglich, wenn im Erfurter Stasi-Gefängnis eine Gedenkstätte gegen den Willen der Opfer entsteht.

Rainer Wagner
UOKG-Bundesvorsitzender